

*Im Folgenden drucken wir zwei Texte aus einer Wahlbroschüre der FSI\*OSI aus dem Jahr 1999 ab, in der Inhalte, Positionen und Nachrichten der FSI vorgestellt wurden.<sup>1</sup> Solche Broschüren waren leider äußerst selten und wurden nicht vor jeder Gremienwahl veröffentlicht. Interessant ist es, sich mit den Texten von damals auseinanderzusetzen, da sie auch heute noch aktuelle hochschulpolitische wie alltägliche Probleme adressieren. Die Auszüge, für die wir uns entschieden haben, thematisieren das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft sowie die Selektionsmechanismen an den Universitäten. Stellenweise sind die Texte auf Grund ihrer Veröffentlichung vor über 20 Jahren natürlich veraltet. Dennoch weist ihr Inhalt und vor allem auch die Kritik an der Lehre, an der Universität und an der kapitalistischen Gesellschaft eine fast schon erschreckende Aktualität auf. Bereits damals befürchtete Entwicklungen sind mittlerweile eingetroffen oder es lassen sich verstärkt Tendenzen zu ihnen erkennen. Dies verdeutlicht, dass immer noch dieselben Auseinandersetzungen wie vor 20 Jahren geführt werden müssen.*

*Der erste Text „Zum Konstrukt der Begabung“ kritisiert Selektionsmechanismen und das Leistungsdenken im Bildungssystem und geht dabei vor allem auf die Zustände an den Universitäten ein. Gleichzeitig adressiert der Text die Verschulung des Studiums, die im Bachelor-Master-System gipfelt, und nicht mehr dem aufklärerischen Bildungsideal entspricht. Der erste Text wurde vollständig und ohne Kürzungen und Veränderungen abgedruckt.*

*Im zweiten Text werden „Zum Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit“ einige Gedanken formuliert, etwa indem die wirtschaftlichen Machtstrukturen, die die Wissenschaft prägen beleuchtet werden. Der Text liegt in gekürzter Form vor. Bei beiden Texten wurden Rechtschreibfehler korrigiert. Die originalen Fußnoten wurden übernommen und ergänzend dazu finden sich in weiteren Fußnoten Anmerkungen der Redaktion, die dazu dienen gewisse Themen besser zu erläutern, einzelne Aspekte kritisch einzuordnen sowie bei veralteten Themen den aktuellen Bezug herzustellen.*



Welcher Bildungsweg wird eingeschlagen?

---

<sup>1</sup> Der Text "Zum Konstrukt der Begabung" hieß 1999 im Original "Zum Konstrukt der Begabung: 'Die Guten ins Toepfchen, die schlechten ins Kroepfchen...'. Der Text "Vom Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit" hieß im Original "Das allgemeine politische Mandat".

# ZUM KONSTRUKT DER BEGABUNG

Von der FSI\*OSI (1999), redigiert von Marlen Rebmann

## Mechanismen der Selektion

Unser gesamtes Bildungssystem ist durchzogen von einem feinmaschigen Netz an Selektionsmechanismen, die die Aufgabe haben, die Individuen vor allem nach ihrer vermeintlich unterschiedlichen „Begabung“ zu sortieren. Im Kontext von Hochschule präsentiert sich das Abitur als die erste Schranke, die es zu überwinden gilt, um überhaupt ein Anrecht auf Zutritt zur Alma mater zu erlangen. Ein Numerus Clausus in zahlreichen Fächern verfeinert das ganze nochmals erheblich. Besonders am OSI stieg der NC rapide an, in diesem Semester stand bereits eine stolze 1 vor dem Komma. Doch damit nicht genug: Der Fachbereich hat in diesem Semester, trotz unserer Intervention, den Quereinstieg für Studierende in höhere Grundstudiumssemester verunmöglicht, indem der NC per Beschluss auf das gesamte Grundstudium ausgedehnt wurde. Welch fatale Konsequenzen dieser Schritt für Studierwillige mit Abiturnoten jenseits des NC haben wird, ist nicht schwer auszumalen. Hinzu kommt, dass der NC unweigerlich ansteigen wird, wenn bei einer Halbierung der

Professuren bis 2003 die Zahl der BewerberInnen um einen Studienplatz auch nur annähernd gleich bleibt.<sup>1</sup> Ferner wurde ins Hochschulrahmengesetz ein Passus aufgenommen, der es Universitäten ermöglicht, einen Teil ihrer Studierenden nach eigenem Gusto auszusuchen, sei es durch Auswahlgespräche, sei es durch andere elaborierte Techniken.<sup>2</sup> Im Diskurs um Studiengebühren scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen, wenngleich neoliberale Modernisierer eifrig (und zunehmend erfolgreich) Lobbyarbeit betreiben.<sup>3</sup> Vor kurzem präsentierte sogar der Bildungsrat der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ein Modell, das Studiengebühren vorsieht. Letztere existieren ja bereits in etlichen Bundesländern in Form von Immatrikulationsgebühren, bei denen Berlin mit seinen 100 DM pro Studentin und Semester den Vorreiter mimte, oder von Gebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“. Mitte Dezember sprachen sich sogar die Rektoren der 3 Berliner Universitäten einhellig für Studiengebühren aus. In ihrem „Berliner Manifest“, das sie Bundespräsident Herzog überreichten, heißt es, Studiengebühren seien die

---

1 (Anm. der Red.): Der NC für Politikwissenschaft am OSI ist in den letzten Jahren tatsächlich noch drastischer angestiegen. Im Wintersemester 2020/21 lag der NC bei 1,0. Auch der Zugang zu höheren Semestern und zum Master ist durch einen NC beschränkt.

2 (Anm. der Red.): Aktuell werden 20 % der Studienplätze an den Universitäten über die Abiturnote (NC), 20 % über Wartesemester und 60 % über das lokale „Auswahlverfahren der Hochschule“ vergeben. Hier verbessern, neben dem NC, Kriterien wie bestimmte Fächerbenotungen, eine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit und die Vorbildung durch studienrelevante Kurse die Zulassungschancen. Die befürchteten Auswahlgespräche spielen wahrscheinlich auch aus Kapazitätsgründen am OSI keine Rolle.

3 (Anm. der Red.): Im Jahr 2002 klagten unionsgeführte Länder gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG), welches allgemeine Studiengebühren ausschloss. Dies sei ein unzulässiger Eingriff des Bundes in die Ländergesetzgebung. Das Bundesverfassungsgericht gab diesen Ländern im Jahr 2005 Recht.

„einzige Form, zu einer nennenswerten zusätzlichen Finanzierung zu gelangen.“<sup>4</sup>

Auch ist es keineswegs so, dass die Universität ihren Klassencharakter verloren hat: Laut einer Erhebung des Studentenwerks<sup>5</sup> betrug der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten<sup>6</sup>, der 1982 noch 28% der Gesamtzahl der Studierenden ausmachte, 1997 gerade noch 14%, halbierte sich also.<sup>7</sup> Die drastisch abnehmende Wahrscheinlichkeit, eine Studienförderung zu erhalten, spielte hier eine entscheidende Rolle. Außerdem müssen BAFÖG -Leistungen, die einstmals nicht zurückbezahlt werden mussten, seit 1990 zur Hälfte rückerstattet werden, so dass nach Studienende erhebliche Schuldenberge abzutragen sind. Zudem wurde als weitere kleine Maßnahme der Disziplinierung für alle BAFÖG- EmpfängerInnen ein verbindlicher Leistungsnachweis nach dem 4. Semester eingeführt, bei dessen Nichterfüllung jede weitere Zahlung eingestellt wird.<sup>8</sup>

Während des Studiums wird weiter kräftig ausgesiebt, Klausuren und Prüfungen sor-

gen in vielen Fächern für entsprechenden „Ausschuss“. Dass ein so geschürter Konkurrenzkampf dem Klima unter den Studierenden wohl eher schadet denn nützt und eine individualistische Einzelkämpfermentalität fördert, liegt auf der Hand.<sup>9</sup> Am OSI feierte in diesem Semester ein besonders origineller Modus der Exklusion Premiere: In mehreren Grundstudiumsseminaren wurde per Los darüber entschieden, wer am Seminar teilnehmen darf bzw. wem die Teilnahme verwehrt bleibt. Per hochgradig formaldemokratischem Prozedere (jedem nur ein Los!) wurde hier das Konkurrenzprinzip zugleich manifestiert und doch in seiner Absurdität kompromittiert.<sup>10</sup> Das angeführte, durchaus noch erweiterbare Spektrum von Mechanismen der Auslese steht in einem diametralen Gegensatz zu emanzipatorischen Vorstellungen von Hochschule, die allen Studierwilligen gleichermaßen die Möglichkeit eines weitgehend selbstbestimmten Studiums zubilligen.

### Legitimation der Auslese

Legitimiert wird ein Großteil der geschilder-

---

4 (Anm. der Red.): In Deutschland gibt es an den Universitäten keine allgemeine Studiengebühr. Dies ist das Ergebnis hochschulpolitischer Auseinandersetzungen und studentischer Proteste. Dennoch zahlen FU-Studierende jedes Semester die „Semestergebühren und -beiträge“. Im Wintersemester 2021/22 betrug diese 312,98€ (50€ als Immatrikulations-/Rückmeldungsgebühr, 54,09 € als Sozialbeitrag für das Studierendenwerk, 10 € als Beitrag zur Studierendenschaft und 198,80€ für das Semesterticket). Manche Bundesländer erheben Gebühren für Zweitstudium und Langzeitstudium. Das ist in Berlin nicht der Fall.

5 siehe taz vom 22. I ().98, S.3: "Der Zeitgeist verlangt nach Auslese"

6 (Anm. der Red.): „Sozial schwach“ ist eine irreführende und stigmatisierende Bezeichnung. Es könnte von Menschen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status gesprochen werden.

7 (Anm. der Red.): Die Bildungsungleichheit zeigt sich erneut im Hochschulbildungsreport 2020. 74 % der Akademiker\*innenkinder beginnen ein Hochschulstudium, bei Nichtakademiker\*innenkinder sind es lediglich 21%.

8 (Anm. der Red.): Die hier beschriebenen Logiken des Bafög haben sich bis heute fortgesetzt. Die Anhäufung von Schulden, hohe bürokratische Hürden und enge Auswahlgrenzen ab wann man selbst bzw. die Familie "arm genug" ist um gefördert zu werden, hat dazu geführt, dass heutzutage nur noch weniger als 11% aller Studierenden Bafög erhalten. Dazu steigt der Bafög-Satz seit Jahren viel zu wenig an, um die tatsächlich steigenden Lebenskosten von Studierenden zu decken, sodass nicht wenige trotz Bafög noch einem Nebenjob nachgehen. Eine tiefgreifende Reform des Bafög wird schon lange gefordert von Studierendenverbänden, Gewerkschaften und einzelnen Politiker\*innen.

9 (Anm. der Red.): Die Anzahl der Klausuren am OSI wurde in den letzten Jahren im Vergleich zum Diplomstudium erhöht.

10 (Anm. der Red.): Im Sommersemester 2021 waren auf Grund der Corona-Pandemie, aber auch auf Grund von einem zu geringen Angebot, alle Seminare platzbeschränkt. Die Studierenden wurden mit Hilfe eines „demokratischen“, aber unübersichtlichen Algorithmus zugeteilt. Die Platzbeschränkungen bleiben im Wintersemester 2021/22 erhalten, um übergroße Seminare zu vermeiden.

ten Auslese durch den Rekurs auf das Konzept der Begabung, das gegenwärtig in der öffentlichen Debatte eine wichtige Rolle spielt. Dabei werden individuell konstatierte Leistungsunterschiede auf Veranlagung zurückgeführt. So betonte Bundespräsident Herzog in seiner viel rezipierten Grundsatzrede zur Bildungspolitik vom November 97: *„Es geht darum, Tabus zu knacken...:1. Menschen sind Individuen. Sie haben unterschiedliche Begabungen. Wer das leugnet, der vergisst einerseits die herausragenden Talente..., und andererseits die weniger Begabten.... Wir sollten wieder den Mut finden, gute Schüler gut und schlechte Schüler schlecht zu nennen.“*

Begabung wird hier verstanden als eine nicht weiter rückführbare, natürliche, also angeborene Disposition, die zu besonderen Leistungen befähigt.<sup>11</sup> Im Unterschied zu Leistungen, die auf der Beobachtungsebene liegen, ist „Begabung“ ein Konstrukt, das zur Erklärung von beobachteten Leistungen dient. Der Begabungsvorstellung haftet also insofern etwas Zirkuläres an, als von Leistung unmittelbar auf Begabung geschlossen wird, letztere aber als Ursache von Leistung erhalten soll. Hinzu kommt, dass das, was unter „Leistung“ subsumiert wird, niemals a priori, als etwas gleichsam Überhistorisches gegeben ist, sondern erst als Produkt gesellschaftlicher Definitionsprozesse diesen Status einnimmt.

Funktion einer solchen Begabungskonstruktion ist die „Naturalisierung“ von Leistungsunterschieden, d.h. sie werden einzig und allein auf individuelle Veranlagung zurückgeführt, während die Frage, was die Gesellschaft damit zu tun hat, wie es z.B. manchen Individuen aufgrund sozialer Un-

gleichheit oder anderer gesellschaftlicher Restriktionen systematisch verunmöglicht wird, sich zu entfalten, notwendig außen vor bleibt. Die Gesellschaft in ihrer arbeitsteiligen Verfasstheit muss deswegen nicht weiter hinterfragt werden, sie wird vielmehr affirmiert.

### **Spardruck?**

Als Begründung für eine Reduzierung von Studienplätzen, einhergehend mit einer verstärkten Auslese, dient außerdem der Verweis auf die prekäre Finanzsituation von Bund und Ländern. Diesem wäre entgegenzusetzen, dass erstens die Verteilung vorhandener finanzieller Mittel stets eine bestimmte Prioritätensetzung impliziert, so dass Prestigeobjekte oder andere „wichtige“ Projekte niemals unter Geldnot zu leiden haben (siehe Regierungsumzug, Technologiepark Adlershof, Eurof...uck etc.), dass zweitens Berufung auf gesetzte finanzielle Sachzwänge stets auch als Vehikel einer hochschulinternen Umstrukturierung.<sup>12</sup> instrumentalisiert wird, und dass es drittens sowieso nichts als illusionär- ideologische Verblendung ist, wenn etwa staatlicherseits gegenüber den Studierenden guter Wille in puncto Verbesserung der Studienbedingungen suggeriert wird, dessen Realisierung letztlich nur an Geld scheitert. Es geht vielmehr nicht darum, den Studierenden ein möglichst selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen, sondern darum, aus in Bildung und Hochschule investierten staatlichen Kapital möglichst hohe Rendite in Form verwertbaren „Humankapitals“ zu ziehen, d.h. das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu optimieren. Solange sich zwei Studierende einen ausfinanzierten Studienplatz teilen, damit leidlich zufrieden sind und stillhalten, be-

---

11 siehe hierzu Text von M. Markard in: Kalaschnikow Frühjahr 1998

12 Gegenwärtig wird diese betrieben mit der Vision bzw. dem Schreckbild einer standortgerechten Dienstleistungshochschule, die analog zum Unternehmen funktionieren soll. Demokratie ist dort bekanntlich nicht vorgehen. Immerhin bliebe den Studierenden der würdevoll-konsumenten-demokratische Akt des „Mit-den-Füßen-Abstimmens“, falls ein Produkt ihr Missfallen erregen.

steht aus obigem Kalkül heraus nicht die geringste Veranlassung, diesem Zustand Abhilfe zu schaffen.<sup>13</sup>

Aus der apodiktischen Feststellung, dass eben an Geld Mangel herrscht, entspringt die Forderung nach Studiengebühren, die, selbst falls Gegenteiliges gesetzlich verankert werden sollte, noch lange nicht vom Tisch ist. Oftmals wird in der öffentlichen Debatte auf die vorgeblich paradiesischen Zustände an US-Hochschulen verwiesen, wo hohe Studiengebühren an ein Stipendienwesen gekoppelt seien, das es allen „Befähigten“ ermögliche, unabhängig von der sozialen Lage zu studieren. Solche Aussagen verkennen zweierlei: Erstens gibt es neben den stets präsentierten Vorzeige-Eliten-Universitäten in den USA viele andere, an denen keineswegs annähernd dieselben „paradiesischen“ Studienbedingungen herrschen. Zweitens ist ein Stipendienwesen stets in höchstem Maße unsozial, da studierwillige Kinder reicher Eltern nicht auf ein Stipendium angewiesen sind, während Kinder ärmerer Eltern erst ihre „Befähigung“ unter Beweis stellen müssen, um in den Genuss eines Stipendiums zu kommen. Wohlverhalten und Anpassung sind hierzu wohl notwendige Voraussetzungen.

Außerdem fördern Studiengebühren die vollkommene Ausrichtung des Studiums auf Schnelligkeit, auf spätere individuelle Karrierechancen, auf die maximale Verwertung der eigenen Arbeitskraft, während individuelle Reflexion über das eigene Tun, die eigene Funktion in der Gesellschaft hierbei bloße Störfaktoren wären. Dementsprechend würden diejenigen Studiengänge<sup>14</sup>, die ers-

teres verheißen, noch mehr nachgefragt. Hinzu kommt, dass Studiengebühren die endgültige Durchkapitalisierung der Hochschulen bedeuten würden. Bildung wäre dann nichts als eine ganz gewöhnliche Ware, ein privates Gut, das individuell im Unternehmen Hochschule erstanden würde, dessen Nutzen auch von Anspruch her ein rein individueller, direkter, unmittelbarer wäre. Gegenwärtig ist Bildung zumindest noch ansatzweise ein öffentliches Gut, dessen Zugang keinen finanziellen, wenn auch genügend anderen (wie oben erläutert) Restriktionen unterworfen ist, und dem noch etwas von allgemeingesellschaftlicher Relevanz innewohnt<sup>15</sup>. Alles in allem würden Studiengebühren die bereits bestehende massive soziale Schieflage beim Hochschulzugang weiter verschärfen. Die entgegenwirkenden, dringend notwendigen Vorschläge, wie etwa ein allgemeines Anrecht auf materielle Absicherung (z.B. soziale Grundsicherung), sind zur Zeit im öffentlichen Diskurs vollkommen marginalisiert, da sie mit dem allgemeinen Leistungsfetischismus nicht konform gehen.

### **Funktion von Bildung**

Die oben beschriebenen Verfahren der Auslese dienen letztlich dazu, die Verteilung von Studienplätzen verstärkt dem Primat des Marktes unterzuordnen, d.h. den Arbeitsmarkt mit bestimmten Kontingenten von in je spezifischer Weise qualifiziertem Personal zu versorgen. In dieser Logik gedacht, präsentiert sich das Ansinnen, universitäre Bildung bzw. Bildungschancen weiter auszudifferenzieren als höchst zweckrational. Gemeint ist damit eine

---

13 (Anm. der Red.): Dies wurde auch in der Corona-Pandemie sehr deutlich. Ein zentrales Argument für die schnelle Rückkehr zum Präsenzbetrieb ist, dass die Verluste an Humankapital auf dem Arbeitsmarkt durch verkürzte Bildungsmöglichkeiten möglichst niedrig sein sollen.

14 (Anm. der Red.): Studiengänge, die wenig Wert auf gesellschaftskritische Betrachtungen legen, sondern vielmehr rein auf gute Karrierechancen ausgelegt sind.

15 (Anm. der Red.): Im Text "Kritik der Studienreform am OSI, des studentischen Engagements und des Bildungsbegriffs" auf S.18 wird dieses Spannungsverhältnis noch weiter thematisiert.

Aufteilung der Studierenden in einen Teil von weniger „Begabten“, der in möglichst kurzer Zeit sehr „praxisorientiert“ einen berufsqualifizierenden Abschluss erwerben soll, und in einen anderen, kleineren Teil von höher „Begabten“, der sich vertieft mit der Materie auseinandersetzen und „richtig“ wissenschaftlich arbeiten soll.

Deswegen wird in letzter Zeit verstärkt die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen nach angelsächsischem Vorbild gefordert.<sup>1617</sup> Die Einführung eines Bachelor-Studiengangs wäre ein Beispiel für einen berufsqualifizierenden Abschluss, der vom Umfang her etwas mehr als das bisherige Grundstudium umfassen würde. Die Kehrseite dieser Medaille wäre zum einen eine viel stärkere Verschulung des Studiums, ein weitgehender Verzicht auf wissenschaftliches Arbeiten sowie auf die Reflexion des eigenen Tuns, d.h. weniger Selbstständigkeit bei der Gestaltung des Studiums, und zum anderen ein Zuschneiden des jeweiligen Faches auf seine Kernbereiche, eine Einschränkung der jeweiligen Perspektive. Allerdings ist kaum zu leugnen, dass viele Studierende eben dieses Bedürfnis nach einer kürzeren Studienzeit artikulieren. Abgesehen davon, dass sich dieses Bedürfnis meist aus dem Wunsch nach schneller Karriere inklusive reichlich materieller Gratifikationen speist, wäre es durchaus kompatibel mit einer Vorstellung von Selbstbestimmung, die es jedem und jeder Studierenden freistellt, wie lange er an einer Hochschule zu verweilen gedenkt. Jedoch ist es angesichts der gegenwärtigen politi-

schen Situation naiv, zu glauben, die Einführung eines Bachelor- Abschlusses würde nicht früher oder später dazu missbraucht, weitere Hürden der Auslese zu errichten. Erstens ist es so, daß BAFöG- Leistungen nur bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss<sup>18</sup> gewährt werden.<sup>19</sup> Zweitens wäre es ein Leichtes, die Entscheidung, nach Erwerb des Bachelors das Studium fortzuführen, nicht den individuellen Wünschen der Studierenden zu überlassen, sondern mit gewissen „objektiven“ Kriterien zu verknüpfen, sei es der Nachweis einer besonderen „Befähigung“, sei es ein bestimmter Notendurchschnitt etc. Auf diese Weise würde ein eigentlich progressives Ansinnen in sein Gegenteil umschlagen.

Dem Trend der Reduktion universitärer Bildung auf pure Ausbildung wäre ein aufklärerisches Bildungsideal<sup>20</sup> entgegenzuhalten, das, um mit Kant zu sprechen, den Menschen zum „Ausgang aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ befähigt, das ihn anregt, um seiner Selbstverwirklichung willen gesellschaftliche Machtverhältnisse zu analysieren und zu kritisieren, um sie letztlich zu transzendieren. Die momentan an den Universitäten vermittelte Ausbildung dient wohl eher dazu, Individuen mit den nötigen Ressourcen zu versorgen, um im späteren außeruniversitären Konkurrenzkampf potenzielle MitbewerberInnen auszustechen. Dadurch werden gerade Statusunterschiede wie Machtverhältnisse bekräftigt, z.T. ausgeweitet, bestenfalls „modernisiert“, jedoch nicht überwunden.

---

16 Am OSI wird sich ab Januar eine Kommission explizit damit befassen.

17 (*Anm. der Red.:*) Die Bologna-Reform führte die Bachelor und Masterstudiengänge in Deutschland im Jahr 2002 ein. Die Reform brachte ein Prozess der Verschulung mit sich und die im Folgenden beschriebenen und befürchteten Konsequenzen sind eingetroffen oder wurden zumindest angestoßen.

18 der dann der Bachelor wäre

19 (*Anm. der Red.:*) Auch Masterstudierende können BAFöG beziehen.

20 (*Anm. der Red.:*) Das aufklärerische Bildungsideal verfolgte auch die Deutsche Hochschule für Politik, aus der 1959 das OSI hervorging. Vgl. Buchstein, Hubertus/ Göhler, Gerhard: Die ersten 15 Jahre – von der Deutschen Hochschule für Politik zum Otto-Suhr-Institut, in: Leviathan 1992

Immerhin führten gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu einer gewissen Pluralität von wissenschaftlichen Ansätzen an den Hochschulen, so dass Gesellschaftskritik in engen Grenzen nischenhaft institutionalisiert werden konnte, wobei die Nischen immer mehr geschleift werden.<sup>21</sup> Es besteht also immer noch zumindest die Möglichkeit, während des Studiums auf solche Ansätze zu stoßen. Zur Beibehaltung dieser Option bedarf es gerade in Zeiten eines konservativ-neoliberal geprägten gesellschaftlichen Klimas, das sich auch im hochschulpolitischen Diskurs niederschlägt, potenziertes Anstrengungen, um universitäre Freiräume zu bewahren und auszubauen.

---

21 (*Anm. der Red.:*) Glücklicherweise bietet auch das OSI heute noch Platz für diese Nischen. Nicht nur Studierenden-Lesekreise (z.B.: Ersti-Colloque) und Fachschaftsinitiativen befassen sich mit gesellschaftskritischen Themen, sondern auch einige Dozierende setzen den Themenschwerpunkt ihrer Lehre darauf. Dennoch geschieht dies natürlich nur in den oben beschriebenen Nischen, die dauerhaft um ihren Erhalt kämpfen müssen.



Erfahrung von Bildung oder Erwerb von für den Abschluss benötigten ECTS?